

TASK FORCE / Deutsche Reichsbahn (AVDR)

Vorsitzender der SPD
Herrn Lars Klingbeil.

Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Interessengemeinschaft von Angehörigen
der ehemaligen Deutschen Reichsbahn (IGDR)
und Task Force/AVDR
Dipl.-Ing. Volkmar Hornfischer
Reichsbahn-Oberdirektor i.R.
Am Stadtpark 5
10367 Berlin

Sprecher des Runden Tisches (RT)
der Berufs- und Personengruppen der
ehemaligen DDR
Dietmar Polster
Ferdinand-Avenarius-Straße 5
01277 Dresden
0174 9236648

Sprecher EVG-Landesverband
Senioren Sachsen Mitglied d. Runden Tisches
Steffen Bosecker
Budapester Straße 31
01069 Dresden

Vorsitzende der SPD AG60plus Sachsen
Erika Friedrichs
Leonhard-Frank-Str. 52
04318 Leipzig

Berlin/Dresden/Leipzig den 27.02.2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die aktuell-soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist noch immer gekennzeichnet von außerordentlichem Nachholbedarf bei der Verwirklichung der Denkschrift zur Deutschen Einheit.

Im Fokus stehen nicht überführte Leistungen von Rente und Versorgung für ehemalige DDR-Bürger*innen in Bundesrecht.

Der Sprecher der Solidargemeinschaft der Bergleute Braunkohleveredlung, Herr Dipl. Ing. Klaus-Dieter Wolf, übergab uns Ihr an ihn gerichtete Schreiben vom Januar 2023 zur Kenntnis.

Bezug dafür: die Solidar-Regelungen des „Runden Tisch - Rentengerechtigkeit“!

Ihre Argumentation in der Sache befremdet zutiefst Herr Vorsitzender.

Sie verweisen auf Respekt für Lebensleistung.

Wie die Repräsentanten der Bundesrepublik, der Bundespräsident der Bundesrepublik und die Bundestagspräsidentin, anlässlich von Feiern zum Tag der Einheit mit dem Tenor: „Lösungen im Rahmen gemeinsamen demokratischen Handelns sichern“ unter anderem in den Bundestagsausschüssen. Das wird vom Petitionsausschuss und jüngst vom Ausschuss Arbeit –und Soziales nicht praktiziert.

In der Anhörung im Mai 2022 waren die von Nachteilen der Renten- und Versorgungsüberleitung Betroffenen nicht eingeladen.

Nicht thematisiert wurde deshalb, dass die Härtefallregelung nur zutreffend ist für Bürger*innen mit Leistungen unterhalb der Grundsicherung.

Gemäß Grundgesetz ist der Härtefallfonds eine Verletzung Artikel 3, dem Gleichheitsprinzip. Alle Betroffene in Gesamtdeutschland haben folglich Anspruch auf die Härtefallregelung.

Verletzt ist des Weiteren geltendes Recht durch Gleichmacherei. Für Zuwanderer gilt das „Fremdrentenrecht“. Für die von der nachteiligen Überführung in Bundesrecht Betroffenen liegt Enteignung vor. Verletzung der Prinzipien der Wiedervereinigung Deutschlands.

Gesamtdeutsche Proteste sind programmiert. Angelastet wird dieser Tatbestand der führenden Regierungspartei SPD. Der enorme Vertrauensverlust der SPD widerspiegelt sich auch im Wahlergebnis im Bundesland Berlin im Februar 2023.

Die Altersversorgung der Deutschen Reichsbahn (AVDR) ist ein klassisches Beispiel für eklatante Widersprüche im Prozess der Wiedervereinigung.

1995 brachte die SPD den ersten Bundesantrag zur nachträglichen Überführung ein (Initiatoren waren Dr. Hans-Joachim Vogel und Rudolph Dressler 1994). In der Folge, die Bundesregierung; Führungspartei SPD, Teillösung mit dem 2.AAÜG-ÄndG.

Die CDU/CSU – geführte Bundesregierung räumte bereits 1997 den Überführungsfehler ein und die Korrektur. Faktisch gesichert war auch die Finanzierung (Anlage, 24.01.1997 im BMin.AS).

Unerwartet scheiterte der BT-Antrag 14/2522 der CDU/CSU und der BT-Antrag 14/2729 der PDS im Deutschen Bundestag an der Regierungsmehrheit (SPD/Bündnis 90/Die Grünen).

Die Debatten im Deutschen Bundestag (Wortprotokolle 13.WP-230. Sitzung, 23.04.98 und 14. WP-90.Sitzung 24.02.2000) als Anlage beigefügt, dokumentieren: Im Mittelpunkt stand nicht die Lösung der Thematik, sondern Parteiinteressen.

Eine Falschinstruktion des Staatssekretärs des BMin.AS 2003: "Die AVDR wurde 1973 in die Sozialversicherung (SV) der DDR überführt. Es gab 1990 keine AVDR mehr, „Folglich auch keine Überführung“.

Diese Falschinstruktion nutzten die Legislative, die Exekutive, die Judikative und auch Gutachter ohne eigene Recherchen.

Jüngstes Beispiel, das Gutachten von Prof. Dr. Steinmeyer von der Uni Münster. Auch er vertraute auf die Falschinstruktion. Die beigefügten Dialogschriften belegen den Tatbestand, in der Anhörung bei BT-Ausschuss AS am 03.05.22. Für ein-gemeinsames demokratisches Handeln im Rahmen einer Klarstellung stand er nicht zur Verfügung.

Auch auf das Ansinnen in der Sache seitens der SPD AG60plus Sachsen mit Schreiben der Vorsitzenden, Frau Erika Friedrichs vom 18.02.22, sowie den mit großer Mehrheit bei der AG60plus Bundeskonferenz am 27./28.10.2022 in Berlin beschlossenen Antrag R001: Gerechtigkeitsfonds zur Einmalabfindung der Berufs- und Personengruppen der DDR für entgangene Rentenleistungen, der an SPD-Parteivorstand und SPD-Fraktion weitergeleitet wurde, ist bisher keine Reaktion bekannt.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Lars Klingbeil,

entschuldigen Sie die Ausführlichkeit in der Sache. Für Vertrauensverlust in die SPD steht wesentlich das unbeantwortete Schreiben an den Bundespräsidenten Johannes Rau von 2002 (Anlage).

Aber es gilt das Vertrauen zurückzugewinnen. Aktuell neigen sich die Bürger*innen eher einer absoluten Politikverdrossenheit zu, bzw. dem rechten Sektor.

Die Vertreter der Task Force AVDR, die Unterzeichner, unterbreiten Ihnen den Vorschlag, im Rahmen eines persönlichen Gesprächs mit Ihnen, die Thematik in Hinblick demokratischen Handelns zu erörtern.

Unser konkretes Anliegen an Sie ist, das demokratische Instrument der Anhörung in den BT-Ausschüssen (Petition und AS) zu befürworteten.

Ihre Zustimmung vorausgesetzt, werden wir in Ihrem Sekretariat, um einen Termin nachzusuchen.

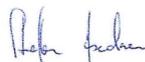
Mit freundlichen Grüßen und in Erwartung einer Rückäußerung.

Volkmar Hornfischer

Volkmar Hornfischer



Dietmar Polster



Steffen Bosecker

E. Friedrichs

Erika Friedrichs